Kreis will mit Stumpf reden

Brief an erkrankten VG-Bürgermeister

Von
Dieter Oberhollenzer

VG BODENHEIM/ MAINZ-BINGEN Die bei der Kreisverwaltung angesiedelte Kommunalaufsicht hat den seit März erkrankten Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bodenheim, Reinhold Stumpf, zu einem persönlichen Gespräch Anfang August nach Ingelheim einbestellt. „Geklärt werden soll die Dienstfähigkeit des Bürgermeisters, ob er die Amtsgeschäfte in Zukunft wieder führen kann", erläutert ein Sprecher der Kreisverwaltung Sinn und Zweck dieses „Perspektivgespräches." Stumpf befindet sich derzeit in Kur.

Die ehrenamtlichen Beigeordneten, die seit der Erkrankung des parteilosen Bürgermeisters Anfang März die Geschäfte führen, haben beim Kreis eine „beamtenrechtliche Prüfung" beantragt. „Wir erinnern an ähnlich lange Ausfallzeiten im vergangenen Jahr. Die erneuten außergewöhnlich langen Ausfallzeiten des Bürgermeisters als Leiter der VG-Verwaltung sowie als Organ der VG können auf Dauer nicht ohne Nachteile für die Entwicklung der Gebietskörperschaft hingenommen werden, auch im Interesse der ehrenamtlich tätigen Beigeordneten und einer dauerhaften Sicherung der Dienstabläufe in der Verbandsgemeindeverwaltung", schreibt der Leiter der Kommunalaufsicht, Manfred Heinisch, in einem Brief an Stumpf und an die Beigeordneten. Der Bürgermeister war bereits 2007 fast sechs Monate lang krank.

Der Kreis, der auf Grundlage der Krankmeldung von einer bis Ende Juli dauernden Arbeitsunfähigkeit ausgeht, nennt den 1. August als Termin für den Dienstantritt des Bürgermeisters. Reinhold Stumpf wird in dem Brief aufgefordert, sich danach zu einem Gespräch in der Kreisverwaltung einzufinden, um Fragen seiner Dienstfähigkeit zu beantworten. Dabei geht es auch um eine mögliche Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit. Voraussetzung dafür wäre allerdings ein amtsärztliches Gutachten.



Archivfoto: hbz / Jörg Henkel

Reinhold Stumpf